Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pfg.

Fernsprecher Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Insertionspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Tharand.

Lokalblatt für Wilsdruff,

Altannenberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Hansberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lotzen, Mohorn, Miltitz-Roitzschen, Munzig, Neukirchen, Neutannenberg, Niederwartha, Oberherrmsdorf, Pohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Verne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unkersdorf, Weistropp, Wildberg.

Druck und Verlag von Arthur Zschunke, Wilsdruff. Für Politik und Inserate verantwortlich: Arthur Zschunke, für den übrigen Teil: Johannes Arzig, beide in Wilsdruff.

No. 4. | **Donnerstag, den 14. Januar 1909.** | **68. Jahrg.**

Sonnabend, den 16. Januar 1909, vorm. 11 Uhr, sollen in **Röhrsdorf** — Sammelort: Gasthof zum Deutschen Haus — **1 Kleiderschrank, Stühle, Tische, 1 Kassaschrank, 1 Sofa, 1 Pianofort u. a. m.** gegen sofortige Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Wilsdruff, am 12. Januar 1909 1877

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Donnerstag, den 14. Januar 1909, nachmittags 6 Uhr

öffentl. Stadtgemeinderatssitzung.

Die Tagesordnung hängt im Rathause aus.

Wilsdruff, den 13. Januar 1909. 1876

Der Bürgermeister.
Kaylenberger.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 13. Januar.

Deutsches Reich.

Die unsachliche Politik des Zentrums

wird in der neuesten Nummer der „Grenzboten" mit folgenden zutreffenden Worten charakterisiert: „Die Feindschaft des Zentrums gegen den Fürsten Bülow ist um so bemerkenswerter, als die Politik des Fürsten Bülow, was ihren sachlichen Inhalt betrifft, dazu durchaus keinen Anhalt bietet. Fürst Bülow hat nicht nur während seines Staatssekretariats und in der ersten Periode seiner Kanzlerschaft gezwungenermaßen mit dem Zentrum regiert, sondern er hat auch bis auf den heutigen Tag vielleicht mehr als alle seine Vorgänger in deutlich erkennbarer Weise Grundsätze befolgt, die ihm eigentlich die Sympathien des Zentrums hätten einbringen müssen. Die Ablehnung jeder kulturkämpferischen Neigungen, die peinliche Rücksichtnahme auf den föderativen Charakter der Reichseinrichtungen und die Achtung vor den Rechten der Bundesstaaten entsprangen nicht taktischen Rücksichten, sondern den eigensten Ueberzeugungen des Reichskanzlers. Und in der auswärtigen Politik kann man dasselbe sagen von der stärkeren und entschiedeneren Betonung des Verhältnisses zu Oesterreich-Ungarn. Aber seine Todsünde in den Augen dieser Partei besteht eben auch nicht darin, daß er in sachlicher Hinsicht anderen Grundsätzen folgt, sondern darin, daß er das Zentrum aus seiner Machtstellung gedrängt hat. Jetzt könnte er nach Canossa gehen, seine Polenpolitik auf den Kopf stellen und was sonst noch tun, das Zentrum wird ihm sein Anathema entgegenschleudern, solange es nicht wieder seine ausschlaggebende Stellung in der Reichstagsmehrheit hat, Herr Spahn nicht wieder seinen Zylinderhut aufbürsten kann und die Hintertreppen der Reichsämter nicht wieder den Erzberger und Genossen offenstehen. Dafür liefert die jetzige gewissenlose Polemik der Zentrumspresse gegen den Fürsten Bülow täglich die deutlichsten Beweise. Es ist Pflicht der nationalen Parteien, diesen Treibereien entschieden entgegenzuarbeiten."

Die Verteilung der Radbodspende.

Am Freitag fand in Hamm eine von 200 Frauen und Müttern der bei der Katastrophe auf der Zeche Radbod ums Leben Gekommenen besuchte Versammlung statt, in welcher energisch gegen die von der Zechenverwaltung geplante Verteilung der Gelder protestiert wurde. Es sind 300 Witwen und Mütter mit 800 Kindern zu unterstützen. Man erwartet, daß die Verteilung der Gelder, insgesamt 1200000 Mk., die bei dem Zentralhilfskomitee eingegangen sind, und außerdem 300000 Mk. vom Kronprinzenpaar, schlankweg an die zu unterstützenden Familien ausgezahlt und nicht beschränkend auf bestimmte Jahrgänge verteilt werden. In der Versammlung wurde auch dagegen protestiert, daß die Toten in der Grube alsbald in Zinksärge gelegt und beerdigt würden, sowie gegen die Blättermeldung, daß die Witwen bereits vor Weihnachten je 1000 Mk. bekommen hätten. In einer Resolution sprach die Versammlung die Erwartung aus, daß die Verteilung sofort vorgenommen werde und auf die Frauen oder Mütter der doppelte Betrag entfallen solle, der auf jedes Kind kommt.

Ein Gefecht deutscher und englischer Truppen gegen westafrikanische Neger.

Es mußte auffallen, daß die Meldung der „Tägl. Rundschau" am Sonntag über neue Kämpfe an der Nordwestgrenze von Kamerun, in denen der Führer der Grenzexpedition, Oberleutnant Stephani, schwer verwundet sein sollte, von amtlicher Seite weder bestätigt noch dementiert worden war, obgleich man bisher überhaupt nichts von solchen Kämpfen mit den Eingeborenen gehört hatte. Jetzt endlich meldet sich die „Nordd. Allg. Ztg." zum Worte und man erfährt, daß in diesen Kämpfen mit den Negern auf englischem Gebiete deutsche und englische Truppen im Feuer zusammengestanden und sich gegenseitig kameradschaftliche Hilfe geleistet haben. Der Bericht der „Norddeutschen" lautet:

„Das erfreuliche Entgegenkommen der englischen Behörde beim Grenzschutz in Deutsch-Südwestafrika, von dem wir in der letzten Woche Mitteilung machen konnten, hat von deutscher Seite bereits eine Erwiderung erfahren. Zur Feststellung der Nordwestgrenze von Kamerun gegen Britisch Süd-Nigerien ist bekanntlich eine gemischte Grenzexpedition unterwegs, welche deutscherseits von dem Oberleutnant von Stephani geführt wird. Zur Vorbereitung dieser Expedition sind, wie seinerzeit im amtlichen Deutschen Kolonialblatt berichtet wurde, auf deutscher Seite im vorigen Jahr durch die Expedition des Majors Puder gegen die Muntschis die nötigen Aufklärungen erfolgt, so daß diesmal hier keine Schwierigkeiten entstanden sind. Dagegen scheinen ähnliche Schritte auf englischer Seite nicht erfolgt zu sein. So ist denn die Grenzexpedition auf englischem Gebiet von den mit Weißen überhaupt noch wenig in Berührung gekommenen dortigen Muntschis einem heftigen Angriff ausgesetzt gewesen. Die gemeinsame Aktion der deutschen und englischen Truppen erfolgte nach der an amtlicher Stelle vorliegenden telegraphischen Meldung des Gouverneurs von Kamerun auf Ersuchen des britischen Kommissars und hatte die Wirkung, daß die Gegner in mehreren Gefechten zerstreut wurden. Die deutsche Eskorte beteiligte sich unter Oberleutnant von Stephani in der Stärke von drei Europäern, vierzig Soldaten und einem Maschinengewehr. Es ist anzunehmen, daß die Muntschis der Grenzkommission den Durchzug verwehren wollten. Die Verluste auf deutscher Seite sind: Oberleutnant von Stephani Schuß in die rechte Brust und den rechten Ellbogen, Feldwebel Buchholz Streifschuß am linken Oberarm. Tot sind ein Soldat und ein Pferdewärter, schwer verwundet vier Soldaten, ein Dolmetsch und zwei Maschinengewehrträger. Das Befinden der Verletzten ist gut. Die Triangulation wurde unter Oberleutnant Bartsch fortgesetzt. Oberleutnant von Stephani behält die Leitung der Expedition bei.

Der vorstehenden Meldung des Gouverneurs von Kamerun parallel läuft eine Meldung des Londoner Auswärtigen Amtes, wonach die gemischte Grenzexpedition am 23. Dezember mit allen englischerseits verfügbaren und den genannten deutschen Truppen Sonkwal erreicht hat. Am 24. fand ein schwerer Kampf, weitere Geplänkel fanden am 25., 26., 27. und 28. statt. Der organisierte Widerstand der Muntschis ist jetzt gebrochen. Die Eingeborenen sind in die Berge geflüchtet. Die gesamten Verluste werden in den amtlichen englischen Telegrammen auf fünf Tote und neunzehn Verwundete angegeben. Das Reichskolonialamt hat das Vorgehen der deutschen Truppen als durch die Umstände geboten gebilligt und die weitere Unterstützung der englischen Abteilung durch das in der Grenzexpedition beteiligte Kommando, falls erbeten und nötig, telegraphisch angeordnet."

So erfreulich ein solches Zusammenwirken deutscher mit englischen Truppen ist, so können wir es doch nur als völlig selbstverständlich und durch die Umstände geboten ansehen, sobald einem farbigen Feinde gegenüber der Kamerad in Not ist.

Ausland.

Serbisches Geld für den Prager Tschechenpöbel.

Herr Klofatsch, dieser edle tschechische Musterpatriot, hat sich sagen lassen müssen, daß er sich den von ihm bei der Veranstaltung des Prager Aufruhrs bewährten Patriotismus von seinen serbischen Freunden in Belgrad gut habe bezahlen lassen. Wie sich jetzt herausstellt, mag er wohl der am besten bezahlte, keineswegs aber der einzige von den Serben honorierte tschechische Patriot sein. Die Prager Polizei beschlagnahmte Depeschen aus Belgrad, in denen Geldsendungen für Prager Demonstranten angekündigt wurden. Die Tschechen suchten sich damit auszureden, daß sie behaupten, die Depeschen seien von einem Polizeiagenten namens Mischek fingiert. Die Polizei will beweisen, daß zahlreiche Demonstranten mit einer Krone täglich entlohnt wurden. Im Bräuhaus „U Fleku" wurden Geldsammlungen zur Anwerbung italienischer Anarchisten für Prag veranstaltet. Die eingesammelten Beträge wurden jedoch „von einem Unbekannten" veruntreut.

Das Erdbeben in Süditalien.

In Messina erfolgten neue heftige Erdstöße, wodurch die Meereswogen ein großes Stück vom Kai wegrissen und erheblichen Schaden anrichteten. Der Bevölkerung ermächtigte sich große Furcht. — Das Gesamtergebnis der Sammlungen für die Geschädigten wird bis jetzt auf 80 Millionen Lire geschätzt. Die Summen verteilen sich wie folgt: Aus den Vereinigten Staaten 18 Millionen, aus Italien 15 Millionen, aus Südamerika 10 Millionen, aus England 3 Millionen, aus Frankreich 2800000 Lire, aus Spanien 2 Millionen, Aegypten 1100000 Lire, aus den Balkan-Staaten 900000 Lire, aus der Schweiz 900000 Lire, aus Belgien 800000 Lire, aus Australien 800000 Lire, aus Rußland 750000 Lire, aus Japan 420000 Lire, aus Deutschland 300000 Lire, aus der Türkei 200000 Lire und aus Oesterreich 150000 Lire. Die geringe Summe, die bisher aus Deutschland dem italienischen Erdbebenfonds zugeflossen ist, erklärt sich damit, daß die Hauptsummen durch das deutsche Zentralkomitee noch nicht zur Anweisung gelangt sind.

Die Krisis auf der Balkanhalbinsel.

Die gesamte Aufmerksamkeit konzentriert sich gegenwärtig darauf, ob die Türkei das österreichische Angebot einer Entschädigungszahlung von 2½ Millionen türkischen Pfund (etwa 45 Millionen Mark) für die bosnischen Staatsgüter annehmen wird oder nicht, ob vielmehr die Kräfte, die auf einen Balkankrieg hinarbeiten, so vornehmlich England, imstande sein werden, noch einmal die Türkei trotz des erneuten Entgegenkommens Oesterreichs aufzuhetzen, oder ob die Türkei vernünftig genug sein wird, sich mit dem Spatz in der Hand zu begnügen und dem englischen Einbläser die Tür zu weisen. Merkwürdig ist es ja sicherlich, daß nun gerade englische und französische Blätter und besonders mehrere durch englisches Gold „unterstützte" türkische Blätter, bevor noch überhaupt eine Entscheidung gefallen ist, erklären, das österreichische Angebot sei vom türkischen Ministerrat glatt abgelehnt worden. Diese Meldungen werden erfreulicherweise durch ein energisches Dementi aus Konstantinopel zurückgewiesen. Auch in Wien liegt bis zur Stunde noch keine Bestätigung der Meldung vor, daß der türkische Ministerrat das österreichische Angebot von 2½ Millionen türkischen Pfund definitiv abgelehnt habe. — Die „Köln. Ztg." meldet aus Saloniki, daß amtlichen Nachrichten zufolge Bulgarien an der Grenze eine rege Tätigkeit entwickelt und militärische Maßnahmen trifft. Der Kriegsminister ordnete an, die Geschützübungen energisch durchzuführen.

Neuere Meldungen besagen: die türkische Regierung hat das Anerbieten Oesterreichs, für die früheren türkischen Staatsdomänen in Bosnien 45 Millionen als Entschädigung zu zahlen angenommen, womit die Kriegsgefahr zwischen beiden Ländern so gut wie beseitigt ist.

Präsident Roosevelts Konflikt

mit dem Kongreß. Infolge der Erregung, welche die Ausführungen des Präsidenten Roosevelt in seiner Botschaft über den Dienst der Geheimpolizei hervorgerufen haben, hat der Senator Depew angekündigt, daß der Kongreß von nun an untersuchen werde, ob die Personen, die von Roosevelt für öffentliche Aemter ernannt seien, geeignet seien. Dieses Verfahren wird als eine wirksame Waffe gegen Roosevelt angesehen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF